Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postscheck-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger — **Wochenblatt**

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — Erscheint an jedem Werktag — — —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in Rpf: Die 41 mm breite Zeile (Mosse's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Rpf, in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Rpf; amtlich 1 mm 30 Rpf und 24 Rpf; Reklame 25 Rpf. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 — Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) — Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 83 || **Mittwoch, den 10. April 1929** || **81. Jahrgang**

Amtlicher Teil.

Montag, den 15. April 1929 vormittags 1/4 9 Uhr **öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses** im **Sitzungssaale der Amtshauptmannschaft Kamenz.** — Die Tagesordnung hängt im Dienstgebäude der Amtshauptmannschaft und in den Gemeinden mit über 1000 Einwohnern aus.

Amtshauptmannschaft Kamenz, am 9. April 1929.

Anzeigen haben im **Pulsnitzer Tageblatt** **großen Erfolg!**

Das Wichtigste

Die „Deutsche Tageszeitung" erfährt von zuständiger behördlicher Stelle, daß die Reichsregierung, einem Wunsche der Landwirtschaft entsprechend, die Einfuhr von Corned beef mit Wirkung vom 1. April ab untersagt. Von diesem Zeitpunkt ab darf lediglich die aus noch bestehenden Verträgen herrührende Ware eingeführt werden und zwar bis zum 30. April ds. Js.

Der Faschistenrat hat in seiner Nachtsitzung vom Montag beschlossen, das Ergebnis der Volksabstimmung vom 24. März als höchste Anerkennung des italienischen Volkes gegenüber dem faschistischen Regime dadurch öffentlich zu werten, daß es in die Fassaden aller Regierungsgebäude in Italien eingemeißelt wird.

In dem Dorfe Tschalantun in der von Mukden sind 172 Häuser durch Feuer vernichtet worden. Nach den bisherigen Feststellungen sind 31 Bauern in den Flammen umgekommen.

In einem Warenhause in Fudjanjadjan (China) brach am Dienstag ein Brand aus, wobei 27 Personen in den Flammen umkamen. Der Materialschaden wird auf etwa 1 Million Dollar geschätzt. Der Brand entstand durch Kurzschluß.

Oertliche und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Ein Kreistreffen der Jungmädchenvereine des Kreisverbandes Kamenz) fand am vergangenen Sonntag nachmittag im hiesigen „Herrnhaus" statt. Die Veranstaltung war von den Jungmädchenvereinen unseres Bezirkes stark besucht. Gegen 115 Teilnehmerinnen hatten sich im Saale des „Herrnhauses" versammelt. Nach gemeinsamem Gesang und Gebet begrüßte die Vorsitzende des Kreisverbandes, Frau Pfarrer Schille, Bretnig, die Anwesenden. Hierauf stellte sich jeder der teilnehmenden Vereine mit einem Liede vor. Im Mittelpunkte des Kreistreffens stand ein Vortrag von Frau Pfarrer Grobe, Pulsnitz, über „Die Zurüstung unserer jungen Mädchen für ihren künftigen Hausfrauenberuf". Aus eigenem reichen Erleben wußte die Vortragende den jungen Mädchen ein anschauliches Bild von der Größe des mütterlichen Berufes zu entwerfen. Auch über die Nöte, die ein gesundes und reines Hineinwachsen in diesen Beruf heute bedrohen, fand sie offene und doch zu Herzen gehende Worte. Wertvolle Anregungen wußte sie den jungen Mädchen zu geben für ihr Verhalten im Hause, als Gehilfin der Mutter, als Freundin der jüngeren Geschwister, als liebe Trostspenderin für Alte und Kranke in der Gemeinde, für die Tätigkeit im Verein, für ihr Verhalten den jungen Männern gegenüber und für Vergnügen und Tanz. Für all' diese zum Teil recht heiklen Fragen fand die Vortragende den rechten Ton, weil ihre Gedanken aus einem schwesterlich mitfühlenden Herzen kamen. Zum Dank für ihre Ausführungen wurde ihr im Namen des Kreisverbandes der Verbandsspruch der Jungmädchenvereine: „Der Herr ist unser Richter, der Herr ist unser Meister, der Herr ist unser König, der hilft uns", überreicht. Nach einer Kaffeepause fand unter Leitung von Herrn Pfarrer Rau, Großnaundorf, eine Singestunde statt. An einigen alten Volksliedern zeigte er, wie die Schönheit und Innigkeit dieser Lieder durch die neue Singebewegung wieder zu ihrer vollen Geltung kommen soll. Trotz der kurzen Zeit gelang es ihm, dies an einigen Beispielen den Teilnehmerinnen deutlich zu machen. 1/2 6 Uhr abends fand das Kreistreffen mit einem Jugendgottesdienst in der Stadtkirche, die hierzu Herr Pfarrer Schulze in liebenswürdiger Weise zur Verfügung gestellt hatte, seinen Abschluß. Herr Pfarrer Rau, Großnaundorf, hatte die Leitung übernommen. Der Jugendgottesdienst fand mit Wechselgesang und gemeinsamem Bekenntnis einen besonders feierlichen Ausdruck. Der Großnaundorfer Jungmädchenverein bot zwei schöne Chorgesänge. Herr Pfarrer Rau richtete in seiner Predigt herzliche eindringliche Worte an die Versammelten. So fand das Kreistreffen, das unsere Jungmädchenvereine im gastfreundlichen Pulsnitz vereinte, im Gotteshaus einen würdigen Abschluß. Allen, die zur Vorbereitung und zum Gelingen des Treffens mitgewirkt haben, sei auch an dieser Stelle nochmals der herzlichste Dank ausgesprochen.

— (Erziehungssonntag.) Der Sonntag Misericordias Domini (14. April) gilt in der evangelisch-lutherischen Landeskirche Sachsens als Erziehungssonntag. An Hand der vorgeschriebenen Predigttexte sollen die Gemeindeglieder, insbesondere die Eltern und Erzieher, auf die hohe Bedeutung christlicher Jugendunterweisung hingewiesen und an ihre Pflicht und Verantwortung hierüber erinnert werden. Vielfach finden darüber hinaus noch gemeinsame Veranstaltungen christlicher Jugend statt, in denen aus der Arbeit des Kindergottesdienstes, der Jungmänner- und Jungfrauenbewegung berichtet wird. Damit bahnt sich eine engere Zusammenarbeit der in den evangelischen Kirchgemeinden bestehenden Organisationen an, durch die das evangelische Gemeindeleben eine Förderung erhält.

— (7. Zwingerlotterie.) In der am 6. und 8. April stattgefundenen Ziehung wurden folgende Haupt-

Die Krise der Koalitionsverhandlungen

Große Koalition äußerst fraglich — Dr. Külz Vorsitzender der Deutsch-demokratischen Partei

Berlin, 10. April. Die Verhandlungen über die Bildung einer festen Koalitionsregierung sind durch den Beschluß der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der Panzerkreuzerfrage in eine Krise getreten. Die „DAZ" bringt eine halbamtliche Meldung, in der die Annahme ausgedrückt wird, daß am Mittwoch der Weg der Einigung gefunden werde. Das Blatt bezweifelt, ob der Versuch zu einem Erfolg führen wird und stellt fest, daß die Bildung einer festen Regierungsbasis nach zehnmonatigen vergeblichen Versuchen wieder an der Sozialdemokratie gescheitert sei, an der gleichen Sozialdemokratie, die durch das Wahlergebnis vom 20. Mai die Verantwortung für die innerpolitische Führung übernommen habe. — Die „Germania" schreibt, das Kabinett werde vermutlich zur Lösung der Krise die Vorschläge der Finanzsachverständigen als Grundlage seiner politischen Arbeit übernehmen. Ob das Zentrum unter solchen Voraussetzungen in die Regierung eintreten könne, hinge davon ab, ob es nach der sachlichen Seite gelinge, die Bindungen zu erzielen, ohne die ein Zusammenarbeiten der Regierungsparteien als unmöglich erscheine. Solche Bindungen müssen zunächst die Fragen des Etats betreffen und agitatorische Anträge, die über das Progamm der Sachverständigen hinausgingen, unmöglich machen. Ferner müsse jedoch eine Bindung auch für sonstige politisch bedeutsame Antrag derart geschaffen werden, daß sie nur im Einvernehmen mit allen Regierungsparteien eingebracht werden könnten. Für die Zentrumspartei komme es auch heute nicht darauf an, etwa in die Regierung einzutreten. Der ganze Kampf, den sie seit dem Sommer vorigen Jahres führe, gehe um die Gesundung unserer parlamentarischen Methoden und um die Sicherung einer sachlichen und erfolgreichen Regierungsarbeit. — Die „Vossische Zeitung" weiß zu berichten, daß die Kabinettssitzung am Dienstag unter dem Eindruck des sozialdemokratischen Beschlusses von der Voraussetzung ausgegangen sei, daß das Kabinett zurücktreten müsse. Dr. Stresemann habe aber den Gedanken einer Gesamtdemission in diesem Augenblick vom Standpunkt der Außenpolitik aus verworfen. Die Anschauung habe gesiegt, daß die Regierung am Ruder bleiben und den Versuch machen müsse, den Etat in der Form parlamentarisch durchzubringen, die ihm durch die Vereinbarungen zwischen Kabinett und Parteien gegeben worden sei. Das Kabinett werde an die Parteien den Appell richten, das gemeinsam begonnene Werk auch zu vollenden. Der Beschluß der Sozialdemokraten sei nicht zu begreifen und nicht zu verteidigen. — Das „Berliner Tageblatt" hält die Aussichten, daß die große Koalition nach dem Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion noch zustande komme, für gering, hält auch die Aussichten des Versuches für zweifelhaft, eine Verständigung über die neuen Etatsvorschläge ohne feste Koalition herbeizuführen. — Der „Vorwärts" sagt: Auch die Erwägung, daß ein Ablehnungsbeschluß zu einer Regierungskrise führen könnte, sei weit davon entfernt geblieben, in der Fraktionssitzung über die Panzerkreuzerfrage ausschlaggebend zu sein. Der „Vorwärts" meint, es bestehe kein Grund, eine auswegslose Krise zu inszenieren, weil die sozialdemokratische Fraktion bei einer Haltung verharrte, die man doch nicht erst seit gestern kenne und weil sie einen Beschluß gefaßt habe, wie ihn niemand anders von ihr habe erwarten können. Vor dem Reichstag stehe gebieterisch die Aufgabe, den Reichshaushalt für 1929 in Ordnung zu bringen. Der Verlauf des gestrigen Tages lasse hoffen, daß man sich unter Vermeidung vermeidbarer Umwege und überflüssiger Aufregungen an die Arbeit machen werde.

Die Reformvorschläge der Deutschnationalen.

Entschließungen des deutschnationalen Parteivorstandes.

Berlin. Am Dienstag vormittag trat im Reichstag der Parteivorstand der Deutschnationalen Partei zu einer Beratung zusammen, auf deren Tagesordnung verfassungsrechtliche und landwirtschaftliche Fragen standen. Als Abschluß der Beratung wurde eine Entschließung des Vorstandes bekanntgegeben, in der es u. a. folgendermaßen heißt:

Im Mittelpunkt der Kritik an dem heutigen Verfassungswesen stehe die Entwicklung der deutschen Parlaments- und Parteiwirtschaft, eine Folge der marxistischen Erkrankung des Volksgeistes, gefördert durch den Artikel 54 der Reichsverfassung, der die Regierungsgewalt von wechselnden Parteikoalitionen abhängig mache und daher beseitigt werden müsse. Der zweite Grundfehler sei der falsche Aufbau des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern, insbesondere zwischen Reich und Preußen. Die amtliche Arbeit kreuze sich. Staat und Wirtschaft würden in ihren Leistungen herabgedrückt durch den Kampf aller gegen alle. Man müsse daher diese Parlamentswirtschaft abbauen. Im Geiste der deutschen Tradition müßten Formen geschaffen werden, die den Bedürfnissen des deutschen Volkes angepaßt sind.

Die Deutschnationale Volkspartei lehnt daher alle von dem Luther-Bund gemachten Aenderungsvorschläge zur Reichsreform ab und stellt

folgende Forderungen

auf:

Aufhebung des Artikels 54 der Verfassung, d. h. Herstellung der Unabhängigkeit der vom Reichspräsidenten zu ernennenden Reichsminister von dem Vertrauens- und Mißtrauensvotum des Reichstages. Der Reichspräsident wird zugleich Preußischer Staatspräsident und der Reichskanzler preußischer Ministerpräsident. Der Reichspräsident ernennt auch die preußischen Staatsminister unabhängig vom Preußischen Landtage. Die Zuständigkeitsfrage zwischen Reich und Ländern soll dahin abgegrenzt werden, daß die gesamten Kultusangelegenheiten, die innere Verwaltung und die Justizverwaltung ausschließlich den Ländern vorbehalten bleiben. Die Aufgaben des Reichsministeriums des Innern werden auf das Reichslandwirtschaftsministerium und das Reichsjustizministerium verteilt. Der preußische Minister des Innern und der preußische Justizminister sollen zugleich Mitglieder des Reichskabinetts sein. Preußen behält einen selbständigen Finanzminister, dem die Vertretung der preußischen Sonderinteressen gegenüber dem Reiche obliegt.

Der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Ministerien soll in das Reich gelegt werden unter weitgehendem Abbau der Reichs- und Staatstätigkeit auf diesen Gebieten. Stärkung der Selbstverwaltung der Berufsstände, besonders bei der Landwirtschaft, muß angestrebt werden. Verschiedene Ministerien sollen zusammengelegt werden, so z. B. das Reichswirtschaftsministerium, das Reichsarbeitsministerium und das Reichsverkehrsministerium zu einem Reichsarbeitsministerium. Aehnliches muß in Preußen erstrebt werden. In Preußen fallen alle Sonderbehörden für bestimmte Aufgaben fort, und es gibt nur eine vereinfachte ordentliche Staatsverwaltung. Die preußischen Ressortminister des Innern, der Arbeit, der Landwirtschaft und der Justiz sind zugleich Reichsminister. Diesem Reichskabinett gehören als selbständige Reichsminister die für das Auswärtige, die Reichswehr, die Reichsfinanzen und der Reichspost an. Es gibt dann

in Berlin im ganzen 11 statt 20 Ministerien.

Dadurch werden sich große Ersparnisse ergeben. Die Beseitigung des Dualismus zwischen Reich und Preußen und die Wiederbetrauung Preußens mit der Verantwortung für das Reich schaffen Schutz gegen Uebergriffe des Reiches und fördern Abbau entbehrlicher bürokratischer Arbeit. Ein gesunder Finanzausgleich muß den Ländern die Möglichkeit der Erfüllung ihrer Aufgaben geben. Das Programm ist lediglich ein Notprogramm zur Ueberwindung der schlimmsten Nöte des Augenblicks.

Große Koalition äußerst fraglich.

Sozialdemokratie gegen Panzerkreuzerbau.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion teilt mit: „Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat am Dienstag nachmittag zusammen. Den Bericht über die Verhandlungen der Finanzsachverständigen und der Parteiführer erstatteten die Abgeordneten Hertz und Breitscheid. Nach eingehender Diskussion, in der vor allem das ultimative Verlangen der bürgerlichen Parteien nach Aufgabe der bisherigen Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion zum Panzerkreuzer erörtert wurde, beschloß die Fraktion bei Anwesenheit von 124 Mitgliedern mit 93 gegen 29 Stimmen und 2 Stimmenthaltungen, bei der bisherigen Haltung in der Panzerkreuzerfrage zu bleiben."

Der Beschluß bedeutet also Ablehnung des Panzerkreuzerbaus. Die Bildung der Großen Koalition ist deshalb sehr unwahrscheinlich.

In der Zentrumsfraktion des Reichstages berichtete Abg. Brüning über die zwischen den Finanz-